

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
<p><b>Aussagen zur betrieblichen Mitbestimmung</b> (ULA-Position: bestehende Mitbestimmung hat sich bewährt und sollte nicht eingeschränkt werden. Ansonsten kein grundlegender Reformbedarf, Optimierungsbedarf besteht in Teilfragen z.B. beim Wahlverfahren)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen über konkrete Änderungsabsichten</li> <li>Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume für Unternehmen erhöhen, entweder durch Tarifvertrag oder Vereinbarungen mit dem Betriebsrat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Rechte von Betriebsräten bei der Einführung von IT-Systemen stärken</li> <li>Initiativrecht für Betriebsräte auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>„Weiße Flecken“ beseitigen, Wahlen von Betriebsräten erleichtern</li> <li>24 Monate Kündigungsschutz für alle Organe ab Wahlbewerbung</li> <li>Mehr freigestellte Betriebsräte</li> <li>Schärfere Sanktionen bei Behinderung der Betriebsratsarbeit</li> <li>Verpflichtung der Betriebsräte auf den Betriebsfrieden abschaffen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Betriebsräte besser schützen, Mitbestimmungsrechte ausbauen (vgl. u.a. „Vereinbarkeit“)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>
<p><b>Aussagen zur Unternehmensmitbestimmung</b> (ULA-Position: bestehende Mitbestimmung erhalten, Position der leitenden Angestellten wahren und bei Europäischen Aktiengesellschaften (SE) verbessern. Mitbestimmungsvermeidung durch gezielte Nutzung ausländischer Rechtsformen erschweren. ULA offen für Nachverhandlungen)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung von 2.000 auf 1.000 absenken</li> <li>Erstreckung auch auf Unternehmen mit ausländischer Rechtsform</li> <li>Schlupflöcher schließen, Nachverhandlungen in Europäischen Aktiengesellschaften, die über Schwellenwerte des Mitbestimmungsrechts hinauswachsen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Umgehungsmöglichkeiten durch Wahl internationaler Rechtsformen verhindern (Anwendung auf alle inländischen Niederlassungen)</li> <li>Echte Paritätische Mitbestimmung in Unternehmen &gt; 100 Beschäftigten</li> <li>Alle wesentlichen Entscheidungen zustimmungspflichtig im Aufsichtsrat machen</li> <li>Belegschaftsabstimmungen in Fragen mit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schwellenwert für paritätische Mitbestimmung von 2.000 auf 1.000 absenken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
bei Europäischen Aktiengesellschaften, die mitbestimmungsrechtliche Schwellenwerte hinauswachsen.			„erheblicher Bedeutung“ für Belegschaften			
<b>Aussagen zu sonstigen Mitbestimmungsfragen</b> (ULA-Position: keine, Konzentration auf Fragen des BetrVG, SprAuG, DrittelbeteiligungsgG, MitbestG, SEBG)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Öffentlichen Dienst weiter modernisieren; Mitbestimmungsrechte von Personalräten ausbauen und modernisieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Demokratische Mitbestimmung stärken, Überführung von Banken, Versicherungen, Daseinsvorsorge, Post und Telekommunikation in öffentliches Eigentum</li> <li>Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte öffentlicher Arbeitgeber ausbauen</li> <li>Streikrechte und Betriebliche Mitbestimmung auch für kirchliche Beschäftigte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Rechte von Mitarbeitern kirchlicher Träger stärken, Ausnahmeregelungen beschränken (<i>Mitbestimmung, Streikrecht nicht explizit genannt</i>)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>
<b>Aussagen zum Thema Arbeitszeit</b> ULA-Position: ULA offen für flexiblere Regeln bei der werktäglichen Arbeitszeit (Ziel: mehr Handlungsspielräume für Arbeitnehmer)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitszeitrecht flexibilisieren: zusätzliche Spielräume durch Tarifverträge</li> <li>Anspruch auf befristete Teilzeit und Rückkehrrecht in Vollzeit (in</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wahlarbeitszeitgesetz: Abweichung vom Arbeitszeitgesetz durch Tarifverträge zulassen</li> <li>Dadurch auch: familienfreundliche Arbeitszeitmodelle erleichtern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Zeitautonomie statt Arbeitszeitflexibilität, die sich nur an betrieblichen Erfordernissen orientiert</li> <li>Gesetzliche Wochenarbeitszeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Zeitsouveränität für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie</li> <li>Dafür: Flexible Vollarbeitszeit mit variablem Korridor zwischen 30 und 40</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufhebung der werktäglichen Höchstarbeitszeit von acht bzw. 10 Stunden</li> <li>Aufhebung der Mindestruhezeit von 11 Stunden (Ausnahme:</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
erhöht, bessere Vereinbarkeit) ULA offen für Rückkehrrecht aus Teilzeit (vorübergehende Arbeitszeitreduzierung) in größeren Unternehmen mit angemessenen Antragsfristen	Absprache mit den Sozialpartnern)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wahlmöglichkeit bei Arbeitszeit (und Arbeitsort) soweit dem betriebliche Belange nicht entgegenstehen.</li> <li>Anspruch auf <i>befristete</i> Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit) schaffen.</li> <li>Langzeitkonten attraktiver machen, betriebsübergreifende Organisation dieser Konten prüfen</li> </ul>	<p>auf 40 Stunden begrenzen ohne Ausnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Arbeitszeit vollständig erfassen, Überstunden vergüten oder durch Freizeit ausgeglichen</li> <li>Rechtsanspruch auf vorübergehende Arbeitszeitreduzierung mit Rückkehrrecht in Vollzeit</li> </ul>	<p>Stunden (mit Ankündigungsfrist und Ablehnungsmöglichkeit bei dringenden betrieblichen Gründen)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang nach Nutzung des Rechtsanspruchs auf (=Rückkehrrecht in Vollzeit)</li> </ul>	<p>Sicherheitsrelevante Bereiche)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>48 Stunden wöchentliche Arbeitszeit (entsprechend EU-Richtlinie)</li> <li>Langzeitkonten fördern und Übertragbarkeit erleichtern</li> </ul>	
<b>Aussagen zu anderen Formen flexiblen Arbeitens</b> (ULA-Position: ULA für mehr Spielräume bei räumlich flexiblem Arbeiten, Vorrang für betriebliche Vereinbarungen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen (nicht zu Fragen wie mobiles Arbeiten, Home-Office etc.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wahlmöglichkeiten bei (Arbeitszeit) und Arbeitsort, solange dem betriebliche Belange nicht entgegenstehen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schaffung eines Rechtsanspruchs auf mobiles Arbeiten und Home-Office schaffen, aber nur freiwillig und mit tarifvertraglichem Schutz</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Recht auf Home-Office, sofern keine wichtigen betrieblichen Gründe entgegenstehen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mobiles Arbeiten fördern durch Beseitigung faktischer Hürden in Form von veralteten Regelungen (z.B. Arbeitsstättenverordnung)</li> <li>Öffentlicher Dienst als Vorreiter für aktive Förderung von Homeoffice</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Aussagen</li> </ul>
<b>Aussagen zu äußeren Rahmenbedingungen für flexibles Arbeiten (Vereinbarkeit)</b> (ULA-Position: ULA für mehr Investitionen in Kinderbetreuung (quantitativer und qualitativer Ausbau)	<ul style="list-style-type: none"> <li>Betreuung soll überall dort, wo sie von den Eltern gewünscht wird, verfügbar sein (Wahlfreiheit)</li> <li>Rechtsanspruch auf Betreuung im</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Besseres Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege, Horten und Ganztageschulen (Ziel. Flächendeckende Ganztagesbetreuung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aufbau eines hochwertigen, bedarfsdeckenden, kostenlosen Angebots für Ganztagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Mehr Zeitsouveränität für bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie</li> <li>Mehr Mitspracherecht über den Umfang, die Lage und den Ort</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Förderung flexibler Angebote zur Kinderbetreuung, auch in Betrieben</li> <li>Bessere steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt (Pflege, Betreuung)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Freie Entscheidung zwischen Berufstätigkeit und Kinderbetreuung insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Elterliche Betreuung</li> </ul>

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
	Grundschulalter geplant	zusammen mit den Ländern). <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung Kita-Gebühren</li> <li>• Vgl. Aussagen zu Arbeitszeit (familienfreundliche Arbeitsmodelle im Rahmen einer Wahlarbeitszeit)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kündigungsschutz für Eltern bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes</li> </ul>	ihrer Arbeit (unbezahlte Mehrarbeit, Verschwimmen der Grenzen von Arbeit und Freizeit verhindern) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen ermöglichen</li> <li>• Dreimonatige Pflegezeit Plus mit Lohnersatzleistung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten im Sinne der Vereinbarkeit erleichtern; vgl. auch „andere Formen flexiblen Arbeitens“</li> <li>•</li> </ul>	gleichberechtigt fördern
<b>Aussagen zu Arbeitnehmerüberlassung, Befristungen, Werkverträgen</b> (ULA-Position: Instrumente im Sinne einer Flexibilitätsreserve für Unternehmen erhalten, Missbrauch vermeiden)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Offenkundigen Missbrauch bei Befristungen abstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sachgrundlose Befristung abschaffen.</li> <li>• Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen</li> <li>• Mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Befristungsmöglichkeiten auf wenige Sachgründe beschränken</li> <li>• Missbrauch von Minijobs und Werkverträgen verhindern</li> <li>• Leiharbeit abschaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sachgrundlose Befristungen abschaffen</li> <li>• Equal Pay für Leiharbeitnehmer zuzüglich einer Flexibilitätsprämie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flexiblen Arbeitsmarkt verteidigen und die Tarifautonomie etwa die Zeitarbeit oder Befristungen nicht weiter einschränken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>
<b>Aussagen zum Arbeitnehmerdatenschutz</b> (ULA-Position: Öffnungsklausel in EU-VO für nationales Gesetz nutzen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wirksamen Beschäftigtendatenschutz sicherstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>
<b>Aussagen zum Arbeitsschutz, sonstigen Themen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• „Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schaffung einer Antistress-Verordnung,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsschutz stärken, damit er wirksam vor Stress,</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsschutz für Home-Office entbürokratisieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Aussagen</li> </ul>

Vergleich der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2017: Arbeit (Mitbestimmung, flexibles Arbeiten, Vereinbarkeit von Beruf und Familie)

	CDU/CSU	SPD	DIE LINKE	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	AfD
(ULA-Position: bestehende Instrumente wie Gefährdungsbeurteilung wirksam nutzen, Vorrang für betriebliche Regelungen vor neuen Instrumenten wie eine Anti-Stress- Verordnung)		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Arbeitsschutzrecht um verbindliche Regelungen zur Verringerung psychischer Belastungen erweitern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• individuelles Veto-Recht gegen Überlastung.</li> <li>• Psychische Belastungen wirksam begegnen: Gefährdungsbeurteilungen schärfer durchsetzen, Mängel sanktionieren</li> </ul>	Burnout, Mobbing und Entgrenzung der Arbeit schützt		